

Ressort: Vermischtes

Reproduktionsmediziner wollen Reform des Embryonenschutzgesetzes

Berlin, 26.10.2014, 08:49 Uhr

GDN - Da die Gesetze in Deutschland vielen unfruchtbaren Paaren erfolgversprechende Methoden der künstlichen Befruchtung verbauen, fordern Reproduktionsmediziner eine Reform des Embryonenschutzgesetzes. "Ich möchte, dass wir die Patientinnen hier, nach unseren Standards und in unserer hohen Qualität behandeln dürfen", sagte der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin, Jan-Steffen Krüssel, dem Nachrichtenmagazin "Focus".

Das Embryonenschutzgesetz untersagt etwa Eizellspenden. Daher gehen Frauen nach Spanien, Belgien, Polen, Tschechien oder in die Ukraine, um zu einem Baby zu kommen. Der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin verlangte eine "saubere gesetzliche Lösung. Dann wären Spenderinnen wie Empfängerinnen besser dran." Krüssel leitet das größte universitäre Kinderwunschzentrum UniKiD in Düsseldorf. Im Bundestag zeichnet sich jedoch kein politischer Wille ab, das Embryonenschutzgesetz von 1990 zu ändern. CDU-Familienexperte Marcus Weinberg sagte "Focus": "Das Verbot der Eizellenspende schützt die Eizellenspenderin vor Gesundheitsrisiken und Ausbeutung." Er verwies außerdem auf das "verfassungsrechtlich geschützte Recht des Kindes, Kenntnis der Abstammung zu haben". Auch die SPD lehnt zügige Reformen ab. SPD-Fraktionsvize Carola Reimann sagte dem Nachrichtenmagazin: "Wir bräuchten dazu eine grundlegende Debatte. Aber die führen wir wohl frühestens zum Ende der Legislaturperiode." Nur die nicht im Bundestag vertretene FDP fordert eine Liberalisierung der Gesetze: "Wir sollten die Debatte über künstliche Befruchtung offener und toleranter führen, um die Situation für ungewollt Kinderlose zu verbessern", sagte die Generalsekretärin der Freidemokraten, Nicola Beer.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-43450/reproduktionsmediziner-wollen-reform-des-embryonenschutzgesetzes.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619